

Klima-Bürger:innenrat Region Freiburg

Der erste interkommunale Klima-Bürger:innenrat Deutschlands

Daniel Hiekel • Kira Hoffmann • Marina Leibfried

Der globale Temperaturanstieg ist in seiner Geschwindigkeit im Vergleich zu den vergangenen 20.000 Jahren beispiellos. Mit dem Sonderbericht des IPCC (1) von Anfang 2018 wurde beschrieben, dass der CO²-Ausstoß bis 2030 um rund 45% gegenüber 2010 herabgesetzt und bis 2050 auf Null gebracht werden muss, um das 1,5°C Ziel zu halten oder nur minimal zu überschreiten. Mit dem Bericht vom August 2021 wurde bewiesen, dass die anthropogenen Treibhausgasemissionen zentrale Ursache der Klimaerwärmung sind. Gleichzeitig sind die Schritte hin zur Klimawende oft zäh, konfliktbehaftet und schwerfällig.

Der Klima-Bürger:innenrat Region Freiburg (KBR) hatte vor diesem Hintergrund einen zentralen Schwerpunkt: Wie kommt unsere Region auf 100% Erneuerbare Energien? Aber von vorn...

Entstehung des Projektes

Sowohl Klimaschutzmaßnahmen als auch die Auswirkungen des Klimawandels werden früher oder später alle betreffen. Wie schafft man es nun, dass viele Menschen, auch aus unterschiedlichen Gesellschaftsgruppen, an der Erarbeitung von Klimaschutzmaßnahmen beteiligt werden? Diese Frage stellte sich 2019 eine Gruppe an Menschen, die vorrangig aus dem klimaaktivistischen Bereich kam. Bei der Beantwortung der Frage stieß die Gruppe auf das Format des Bürger:innenrates. Der Gedanke: Per Los kann ermöglicht werden, mehr Menschen für ein Thema zu begeistern als jene, die sowieso schon aktiv sind. Ein Bürger:innenrat hat das Potential, Filterblasen aufzubrechen und Menschen unterschiedlicher Gesellschaftsgruppen an einen Tisch zu bringen. Es entstand die »Initiative Klima-Bürger:innenrat Region Freiburg« (2)

Nach Gesprächen mit Freiburger Politiker:innen sowie dem Freiburger Umweltschutzamt kristallisierte sich die Energiewende als besonders spannendes Thema für einen Klima-Bürger:innenrat heraus. Zudem wurde schnell klar, dass dieses Thema nicht nur von zufällig ausgelosten Menschen aus der Stadt Freiburg angegangen werden kann, sondern vielmehr die ganze Region betrifft. Ein gemeindeübergreifender Bürger:innenrat musste her.

Nachdem die Initiative ihr Anliegen in mehreren digitalen offenen Versammlungen der Öffentlichkeit sichtbar machte, konnte sie die Idee eines regionalen Klimabürger:innenrates durch Unterstützung des Bürgermeisters von Merzhausen auf der Verbandsversammlung der Region Freiburg (3) vorstellen. Hier saßen u.a. alle Bürgermeister:innen aus den Landkreisen Emmendingen und Breisgau-Hochschwarzwald sowie der Stadt Freiburg zusammen. Der Aufruf: Alle, die Interesse haben, mit ihrer Kommune am Klima-Bürger:innenrat teilzunehmen, können sich bei der Initiative melden. Da es sich um den deutschlandweit ersten interkommunalen Klima-Bürger:innenrat handeln würde und damit um ein Pilotprojekt, war die Teilnahme auf 20 Kommu-

nen beschränkt. Die Initiativmitglieder boten an, die Idee im Herbst/Winter 2021 in den interessierten Kommunen in deren Gemeinderatssitzungen vorzustellen. Insgesamt entschieden sich im Zuge dessen 16 Kommunen für eine Teilnahme am Klima-Bürger:innenrat. Anfang 2022 wurde das Projekt ausgeschrieben.

Arbeitsprozess

91 geloste Bürger:innen aus der Region kamen an fünf Sitzungstagen zusammen, um über die Frage zu beraten: »Wie wird die Region zu einer 100 % Erneuerbare Energien Region?« Wie kann der Wandel unter Beachtung sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Aspekte gelingen? Der von den 16 Kommunen mit der Umsetzung beauftragte Verein AllWeDo e.V. hatte rund 4000 Briefe an geloste Einwohner:innen versendet. Aus den mehr als 200 Rückmeldungen wurden anhand der Kriterien Wohnort, Alter, Geschlecht, Bildungsabschluss und Migrationshintergrund nach dem stratifizierten (geschichteten) Verfahren 91 Teilnehmende zusammengewürfelt, die die Breite der Bevölkerung bestmöglich abbilden sollten.

Um auch die Akteure aus Wissenschaft, Wirtschaft bzw. Landwirtschaft und organisierter Zivilgesellschaft in den Prozess einzubinden, wurde ein Beirat gegründet. Dieser begleitete den Prozess von Beginn an konstruktiv-kritisch. Er legte die Themen und Fragestellungen fest, schlug Expert:innen für Fachinputs vor und gab inhaltliches Feedback zu den ersten Empfehlungsentwürfen. Das Arbeiten in dieser interdisziplinären Runde war eine große Bereicherung für den Prozess und ganz nebenbei entstanden wertvolle Netzwerke.

Der Prozess entstand im Prozess – kontinuierlich flossen Feedback und neue Ideen ein. So konnten auch die gelosten Bürger:innen Vorschläge für weitere Referent:innen machen. Die Klima-Bürger:innenräte verhandelten in moderierten Kleingruppen, die auch in den Vorarlberger Bürger:innenräten (4) bewährte Methode Dynamic Facilitation öffnete dafür bestmöglich den Raum. Am Ende standen 50 Empfehlungen, von denen nur zwei mit 60% Zustimmung knapp an der 2/3-Hürde scheiterten. 48 fundierte Empfehlungen zu einer 100% Erneuerbaren Energien Region wurden mit überwiegender Mehrheit – oft über 90% Zustimmung – in das Bürgergutachten aufgenommen. Das Gutachten wurde im September 2022 der Öffentlichkeit vorgestellt und durch die Bürger:innenräte allen 16 Gemeinderäten präsentiert.

Interne Evaluation

Der Prozess wurde seitens der Bürger:innenräte überaus positiv bewertet, dies betrifft sowohl die Rückmeldung zur Moderation, Organisation, als auch die Inputs und den Austausch untereinander. Erkennbar ist auch, dass sich viele sogar noch mehr Angebote und auch Zeit gewünscht hätten.

Ebenso hervorzuheben sind folgende Aspekte:

- Die Mehrheit hatte sich vorher nicht politisch oder in zivilgesellschaftlichen Organisationen engagiert.
- Die Bürger:innen sind gewillt, sich nach dem Projekt mehr zu engagieren und ihr Glaube in die Demokratie wurde maßgeblich verstärkt. Die Teilnehmenden wünschen sich mehr regionale Angebote dieser Art, auch zu anderen Themen.
- Es besteht die große Sorge, dass die Entscheider:innen die Empfehlungen, die vom KBR als sehr gut bewertet wurden, nicht umsetzen.

Ausblick

Für AllWeDo e.V. steht fest, dass die 48 Empfehlungen Gewicht haben und weiter im Fokus bleiben müssen. Durch Strategietreffen mit den Kommunen und dem begleitenden Beirat möchten wir alle Akteure darin unterstützen, eine gemeinsame Linie und Richtung zu definieren, die auch nach außen transparent gemacht werden kann. Mit dem kommunalen Strategietreffen im Dezember 2022, in dem die beteiligten Kommunen die Umsetzung gemeinsam diskutierten und Synergiepotentiale identifizierten, wurde bereits der erste wichtige Schritt in diese Richtung getan. Das zentrale Anliegen der Bürger:innen war, dass es Klarheit braucht, was mit den Ergebnissen passiert – selbst, wenn die Empfehlungen nicht alle durch die Kommunen allein umsetzbar sind. Es wird darum gehen, auch andere Akteure als Verwaltung und Politik zu aktivieren, um gemeinsam an einem Strang zu ziehen. Wir planen vor diesem Hintergrund u.a. mehrere regionale Bürgercafés nach Vorarlberger Modell und die Einrichtung einer Resonanzgruppe, die den weiteren Prozess betreut (4). Gleichzeitig stehen wir kontinuierlich in Gesprächen mit Kommune und Land zur festen Verankerung geloster Bürger:innenräte, etwa in den kommunalen Haushalten. Mit der Entscheidung des Landes Baden-Württemberg, Bürgerforen auch bei wichtigen Gesetzesentwürfen künftig einzubinden, wurde hierfür ein weiteres wichtiges Signal gesetzt (5).

Unsere Erfahrungen

Als Projektteam ist es uns ein Anliegen, demokratische Prozesse stetig zu verbessern und die Potentiale anzusprechen, die es auch in Bezug auf Bürger:innenräte weiterhin gibt.

Was wir vor diesem Hintergrund an Erfahrungen mitnehmen und weitergeben möchten:

- Der interkommunale Ansatz bringt viele Vorteile, aber auch Hürden mit sich. Dies ist insbesondere darin begründet, dass viele, gerade kleine Kommunen über kein Klimaschutzmanagement verfügen, oft kommt es daher zu starken personellen Engpässen in den Verwaltungen. Die Kommunen agieren unserer Erfahrung nach auch sehr heterogen, was etwa gemeinsame Beschlüsse erschwert. Schon vor Projektbeginn sollte daher thematisiert werden, wem die Zuständigkeit nach der Übergabe des Bürgergutachtens obliegt und wie eine transparente Zusammenarbeit der Kommunen ab dann abgebildet werden kann. Damit verbunden ist auch die detaillierte Klärung der Erwartungen seitens der Kommunen vorab.
- Die Ergebnisse der Klima-Bürger:innenräte haben Empfehlungscharakter und sind rechtlich bislang nicht bindend. Dies birgt die Gefahr, dass wertvolle Empfehlungen aus der Bevölkerung zur Kenntnis genommen werden, aber unbearbeitet bleiben und im Tagesgeschäft untergehen. Dies schwächt schlimmstenfalls nachhaltig die Demokratie und das Vertrauen in die Institutionen, sodass eine frühzeitige, verbindliche Klärung stattfinden muss, was mit den Empfehlungen passiert. Auch dies ist durch den Zusammenschluss von zahlreichen Kommunen ungleich komplexer, da ein einheitlicher Beschluss, der die Empfehlungen im Detail betrachtet, schwer umzusetzen ist, sondern viele Kommunen, angepasst an ihre Möglichkeiten und Bedarfe, die eigenen Beschlussvorlagen spezifisch anpassen. Dies bringt gleichermaßen den Nachteil mit sich, dass bereits hier keine einheitliche Linie der Kommunen mehr gegeben ist.
- Durch den »Self selection bias« (Selbstselektion) sind auch im Bürger:innenrat verstärkt Menschen vertreten, die sich für das Thema interessieren und etwas verändern wollen. Dies ist darin begründet, dass

zwar prinzipiell alle gleichermaßen die Chance haben, ausgewählt zu werden, es aber keinen Zwang zur Teilnahme gibt. Um dem entgegenzuwirken, sollten sehr viele Ressourcen für bspw. ergänzende, aufsuchende Verfahren zur Verfügung gestellt werden. Hierbei ist zu beachten, dass über das Melderegister i.d.R. keine Telefonnummern ausgegeben werden und auch umfangreiche Daten zum Bildungsabschluss nicht ersichtlich sind (ausgenommen ist hierbei der Dokortitel), d.h. auch das aufsuchende Verfahren ist an dieser Stelle nicht trivial, da anhand der Lokalität eingeschätzt werden muss, welche Bürger:innen am jeweiligen Standort anzutreffen sind. Dies ist in »sozialen Brennpunkten« in Großstädten zuteilen umsetzbar, in Kleinstädten und ländlichen Gebieten jedoch sehr komplex. Umso mehr ist daher zu beachten, dass gerade der Anmeldeprozess so niedrigschwellig gestaltet werden sollte wie möglich, bspw. indem die Anmeldung postalisch, telefonisch und per Mail erfolgen kann. Sollten die finanziellen und personellen Ressourcen vorhanden sein, bieten sich auch mehrsprachige Schreiben an, um weitere Bevölkerungsgruppen, gerade Menschen mit Migrationserfahrung, zu erreichen. Allgemein ist es hilfreich, das »Sample« so groß anzusetzen wie möglich, d.h. sehr viele Bürger:innen postalisch einzuladen. Für den KBR haben wir mit < 5% Rücklaufquote gerechnet, d.h. für die gesuchten rund 100 Menschen haben wir etwa 4000 Bürger:innen angeschrieben. Die Zahl der Briefe zu erhöhen, führt statistisch auch zu einem höheren Rücklauf, aus dem im zweiten Schritt mittels der geschichteten Zufallsauswahl weiter ausgewählt werden kann, daher böte es sich an, für eine gewünschte Ratsgröße von ca. 100 Personen aus möglichst vielen unterschiedlichen Milieus bspw. 8000 -bis 10.000 Briefe zu versenden.

- Im Laufe des Projektes wurde uns zunehmend stärker klar, dass die Übergabe des Gutachtens nur ein erster Schritt ist – mindestens ebenso wichtig ist jedoch die Weiterführung, die Begleitung der Kommunen auf ihrem Weg in die aktive Umsetzung, das Zusammenhalten der Stränge als Dienstleister, aber auch die Beobachtung des Projektes auf lange Sicht. Diese weiteren Schritte werden konzeptionell leider i.d.R. nicht inhaltlich eingeplant und noch weniger finanziell als Teil der Gesamtbudgetierung beachtet. Weiterführend betrifft dies konkret natürlich auch die Haushalte der jeweiligen Kommunen. Idealerweise böte es sich an, schon vor Beginn des Projektes festzulegen, dass eine klar definierte Summe für reale Maßnahmen und Umsetzungsschritte im späteren Verlauf zur Verfügung gestellt werden kann.
- Durch zahlreiche eigene Akquise Maßnahmen war es uns möglich, deutlich mehr Zeit bzw. Sitzungstage für die Bürger/innen zu gewährleisten, als ursprünglich durch die Kommunen geplant. Dennoch: Die Mehrheit der Teilnehmenden hätte sich, auf Basis der gegebenen fünf Sitzungen, mehr Zeit für den fundierten Austausch gewünscht. Dies ist umso mehr verständlich, als dass in wenigen Sitzungen große Mengen an Inhalt vermittelt wurden, die teils das Themenfeld auch von verschiedenen Blickwinkeln aus beleuchteten. Daraus eine abgewogene und zielgerichtete Empfehlung zu erarbeiten, ist nicht leicht. Daher könnte es sich anbieten, die Anzahl der Sitzungen zu erhöhen. Gleichzeitig ist wichtig, sich bewusst zu sein: Wir haben es mit einem Paradox zu tun. Bei der Ansprache der potentiellen Teilnehmenden darf der anvisierte Zeitinvest nicht zu hoch sein, da sonst keine:r mitmacht. In und nach dem Prozess wünschen sich die Teilnehmenden dagegen häufig mehr Zeit.
- Mehr Aufmerksamkeit schaffen durch größer aufgesetzte Öffentlichkeitsarbeit. Hierzu sind alle Kanäle wichtig: Die regionale und überregionale Print- und Onlinepresse, Social Media, aber auch TV und Radio.

Fazit

Der Klima-Bürger:innenrat der Region Freiburg war ein schöner Erfolg, der bereits einiges in Bewegung gebracht hat. So wurden z.B. in drei Kommunen eigenständige Bürgerinitiativen gegründet, die u.a. das Ziel von Bürgerenergiegenossenschaften verfolgen. Auch im kommunalen Strategietreffen wurden wichtige Schritte auf den Weg gebracht, insbesondere die Stärkung des Denkens als Region und ein gemeinsamer Appell der Region in Richtung höhere politische Ebenen. Den Bürger:innenrat interkommunal aufzustellen war in der Umsetzung herausfordernd, hat sich aber dennoch als genau richtig gezeigt. Die große Herausforderung des sozial-ökologischen Wandels ist nur als überkommunale Kraftanstrengung zu meistern. Die Bevölkerung muss dabei mitgenommen werden. Interkommunale Bürger:innenräte bieten eine sehr gute Möglichkeit zur Einbindung und differenzierten Betrachtung von Herausforderungen durch die Bürger:innen. Die (Begleitung der) Umsetzung sollte von Anfang an mitgedacht werden. Bürger:innenräte bereichern und ergänzen somit die bestehenden Organe der repräsentativen Demokratie, indem sie es Bürger:innen ermöglichen, aktiv mitzugestalten und ein besseres Verständnis für kommunale Politik zu bekommen. Mit dieser neuen Kultur der Kooperation zwischen Bürger:innen und Entscheidungsträger:innen kommen wir dem Ziel gelebter Demokratie einen großen Schritt näher.

Anmerkungen

- (1) https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/2020/07/SR1.5-SPM_de_barrierefrei.pdf
- (2) <http://www.buergerrat-regionfreiburg.de/>
- (3) <http://region-freiburg.de/>
- (4) <https://www.buergerrat.net/at/vorarlberg/>
- (5) <https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/kuenftig-buergerforen-bei-wichtigen-gesetzentwurfen>

Autor:innen

Daniel Hiekel, ist seit 2018 Geschäftsführer des AllWeDo e.V. am Standort Freiburg. Der Autor studierte Geowissenschaften und war im Anschluss einige Jahre im Öffentlichen Dienst in den Bereichen Veranstaltungsmanagement sowie Pressearbeit und Unternehmenskommunikation tätig. Als Geschäftsführer sowie Projektleitung bzw. Co-Projektleitung in fast allen Projekten ist er zentral für die Teilbereiche Unternehmenskommunikation, Drittmittelakquise, Networking, Projektplanung und Buchführung zuständig. 2022 war er für die Organisatorische Leitung des Klima-Bürger:innenrates zuständig.

Kira Hoffmann, ist seit 2020 Mitglied der »Initiative Klima-Bürger:innenrat Region Freiburg« und studiert nebenbei im Master »Geographie des Globalen Wandels« an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg. Von Mitte 2022 bis Ende 2022 wirkte sie bei AllWeDo im Projektteam des KBR mit und erstellte dabei u.a. das Bürgergutachten. Hoffmann kam aus dem Klimaaktivismus zum - und beschäftigt sich seit 2018 mit dem Format der Losdemokratie, zunächst innerhalb ihrer Bachelorarbeit zu Extinction Rebellion als Commoning-Bewegung, ab 2019 in bottom-up Bürgerrats-Initiativen, zunächst in Konstanz, dann in Freiburg.

Marina Leibfried, ist die Konzeptionelle Projektleitung und Hauptmoderation des Klima-Bürgerrats der Region Freiburg. Marina moderiert seit 2010 kommunale Beteiligungsprozesse und gründete 2016 das Freiburger Büro Leibfried Prozessbegleitung. Die lebendige Begleitung komplexer Prozesse mit innovativen Beteiligungsansätzen ist eines ihrer Herzensanliegen. Ziel sind sozial wie ökologisch nachhaltige und von Bürgerschaft und Akteuren mitgetragene Entwicklungsprozesse. Geloste Bürger:innenräte bilden einen Schwerpunkt ihrer Arbeit. Als studierte MSc. Umweltwissenschaftlerin ist das Thema Klima auch fachlich bestens bei ihr aufgehoben.

Kontakt

Allianz für WERTEorientierte Demokratie / AllWeDo e.V.

Ellen-Gottlieb-Str. 7

79106 Freiburg

E-Mail: info@allwedo.eu

Web: www.allwedo.eu

Redaktion eNewsletter

Netzwerk Bürgerbeteiligung

c/o Stiftung Mitarbeit

Redaktion eNewsletter

Am Kurpark 6

53177 Bonn

E-Mail: newsletter@netzwerk-buergerbeteiligung.de